

presse

Menschenrechte und Tourismus müssen Einheit bilden

Zum heutigen Expertengespräch zum Thema "Menschenrechte und Tourismus" im Tourismusausschuss des Deutschen Bundestages berichten der tourismuspolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion Hans-Joachim Hacker und die zuständige Berichterstatterin Gabriele Hiller-Ohm:

Die Tourismusbranche ist weltweit einer der größten Arbeitgeber (rund 240 Millionen Beschäftigte) und somit ein bedeutender Wirtschaftszweig. Tourismusinvestitionen dürfen nicht zur Schlechterstellung von einheimischen armen Bevölkerungsgruppen und somit zu Menschenrechtsverletzungen führen.

Die SPD-Bundestagsfraktion hat diese Woche einen Antrag beschlossen, mit dem wir die Maßnahmen zum stärkeren Schutz und zur Gewährleistung von Menschenrechten in der weltweiten Tourismuswirtschaft fordern. Doch nicht nur die Staaten müssen dafür Sorge tragen, dass die politischen, bürgerlichen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Menschenrechte in ihrem eigenen Land nicht verletzt werden, sondern auch jeder Reisende und jeder Reiseunternehmer hat eine gesellschaftliche Verantwortung.

Deshalb unterstützen wir alle Initiativen der Tourismuswirtschaft für einen sozialen, ökologischen und menschenrechtlich nachhaltigen Tourismus. Organisationen, wie der Evangelische Entwicklungsdienst mit der Arbeitsstelle "Tourism Watch" und der Studienkreis für Tourismus und Entwicklung klären bereits seit Jahren Reiseunternehmen, ihre Beschäftigten sowie Touristen über die Zielländer auf. Sie sensibilisieren für die mit dem Tourismus verbundenen Probleme und geben Verhaltensempfehlungen heraus. Reisende selbst haben als Verbraucherinnen und Verbraucher die Macht und die Verantwortung, das touristische Angebot mitzuformen.

Boykottaufrufe gegen Reisen in nicht demokratischen Staaten sind kein Lösungsweg und helfen den Menschen dieser Länder nicht.